Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige ...

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden, ... Amtsstellen ... A.-G. Dresden ... Arnhold, Dresden.

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Verschuld höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf ... oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der sächsischen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Musik", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2.40 RM., vierteljährlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 19. Fernsprecher Nr. 25201. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 19. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 RM., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 RM., Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 199 | Dresden, Mittwoch, den 27. August 1930 | 41. Jahrgang

Gebt uns die Mehrheit! Wählt Sozialdemokraten!

Die Unfähigkeit des Bürgerblocks

Von einem bürgerlichen Blatt bescheinigt!

In der Bürgerblockpresse leistet man sich jetzt allerhand Schimpfereien gegen frühere sozialdemokratische Minister. Am meisten überschlagen sich die Hugenbergblätter. Hilferding habe „uns in die heutige Krise hineingeritten", und Hermann Müller sei der „unfähigste Kanzler, den das deutsche Volk jemals gehabt hat". Demgegenüber wiederholen wir, was Herr Dr. Brüning am 1. April im Reichstag ausgeführt hat, als er sein Kabinett vorstellte:

Dabei ergreife ich die Gelegenheit, um dem scheidenden Herrn Reichskanzler für seine hingebende, von ernster Sachlichkeit getragene Arbeit im Dienste des Vaterlandes die aufrichtige Hochachtung der neuen Regierung auszusprechen.

Die Anerkennung wurde vor allem von der Zentrumsfraktion durch lebhaften Beifall unterstrichen. Bei mehreren anderen Gelegenheiten hat Brüning ähnliche Ausführungen gemacht wie seinerzeit im Reichstag. Damit sind die Ausführungen der Zentrumspresse als das gekennzeichnet, was sie sind, als üble Wahldemagogie.

Wie steht es nun aber um die Leistungen des jetzigen Kabinetts? Wir wollen uns an dieser Stelle jedes eigenen Urteils enthalten und nur wiedergeben, was der Hamburgische Korrespondent, eine der ältesten und bekanntesten Zeitungen der Deutschen Volkspartei, also einer Regierungspartei, über Brüning und sein Kabinett am 6. Juli d. J. ausgeführt hat:

Das Kabinett Brüning, das sich nicht in großen Worten ankündigte und das man begrüßte als das Kabinett der klugen Köpfe, der starken Faust, des eisernen Willens, der energischen Tat, der unnachgiebigen Konsequenz — was ist aus ihm geworden? Die klugen Köpfe haben sich nicht klüger erwiesen als hunderte vor ihnen. Das Eisen ihres Willens ist in seiner kautschukartigen Dehnbarkeit und Nachgiebigkeit geradezu ein komisches Paradoxon geworden; die starken Fäuste haben sich längst als die unsicher tastenden Hände entpuppt, die in der Ratlosigkeit ihres Hin und Her mehr Porzellan zerstepperten als der Laden hergeben mochte; die Konsequenz des Handelns hat die Konsequenz seit langem beiseitelegen müssen, da von dem Handeln der Tat nichts weiter übriggeblieben war als der Kuhhandel. Wir stehen heute wieder da, wo wir im April d. J. gestanden hatten. Nur stehen wir schlechter da ... Die Chance wurde nicht ausgenutzt, weil es an Klugheit, an Taktik, an Einmütigkeit, an Energien fehlte. Und mit der aufgegebenen Chance haben wir ein Prestige verloren: Für lange Zeit haben viele, allzu viele die Hoffnung aufgegeben, daß aus dieser Ecke des Bürgertums noch einmal die Rettung kommen solle. Und so stehen wir heute ärmer da als wir vor drei Monaten angefangen haben: Mit der Hoffnung ist ein Stück Glaube geschwunden.

Wohlgemerkt: Das ist das Urteil eines großen bürgerlichen Blattes. Wir haben ihm nichts hinzuzufügen.

* * *

Erhöhung der Lohnsteuer

Das wachsende Reichsdefizit und die Hilflosigkeit der Regierung Brüning

Finanzminister Dietrich hat jüngst in einer Rede zugegeben, daß allein beim Reich ein Fehlbetrag durch Steuerausfälle von mindestens 300 Millionen Mark zu erwarten sei. Andere Ausfälle kommen hinzu. Der Soz. Pressedienst teilte dazu mit, daß die Regierung Brüning neue Steuervorschläge plant, die sich gegen die Minderbemittelten richten. Der SPD. schrieb:

Es ist z. B. nicht nur zum Zwecke der Senkung der Besitzsteuern an eine neue Verschärfung der Verbrauchssteuern gedacht, sondern man will auch die Lohnsteuer erhöhen und die Lohnsteuererstattungen ganz beseitigen. Während früher einmal die Ermäßigung der Lohnsteuer bedeutet war, will man jetzt das Gegenteil tun und die auf diese Weise gewonnenen Beträge zur Senkung der Kapitalsteuern und zum Sturm auf hohe Einkommen verwenden.

Gegen diese Mitteilungen erließ die Reichsregierung gestern ein eiliges Dementi. Es wird bestritten, eine Aufhebung der Erstattungen der Lohnsteuer und entsprechende Erhöhung der Lohnsteuer geplant sei. Auch Meldung von anderer Seite, daß Mittel aus der Hauszinssteuer zur Senkung der Einkommensteuer verwendet werden sollen, bezeichnet die Regierung als unrichtig. Dazu schreibt nunmehr der Soz. Pressedienst:

Es sind zu oft von dieser Regierung unrichtige Dementis gegeben worden, als daß ihr jetziges eine größere Glaubwürdigkeit beanspruchen könnte. Wir bleiben jedenfalls bei unserer Behauptung, daß die früher bereits von Herrn Moldenhauer geplante Beseitigung der Lohnsteuererstattungen, die Bureaukraten des Reichsfinanzministeriums nie aufgegeben haben, auch jetzt unter den Reformplänen der Regierung steht. Das ist aber eine Erhöhung der Lohnsteuer, und zwar gerade für die leistungsschwächsten Kreise.

Auch der zweite Teil des Dementis über die Hauszinssteuer ist nur aus Verlegenheit entstanden, steht aber mit den Tatsachen ebenfalls in Widerspruch. Die Regierung bestreitet, daß sie Absicht habe, Mittel der Hauszinssteuer zur Senkung der Einkommensteuer zu verwenden. Von solchen Plänen der Regierung aber weiß z. B. auch die Frankfurter Zeitung zu berichten. Sie schreibt:

Nach einer Mitteilung, die vor kurzem durch die Zentrumspresse ging und die wir für richtig halten möchten, scheint es die Absicht zu sein, die Finanzierung des Wohnungsbaues grundsätzlich auf eine andere Basis zu stellen und dadurch die Hauszinssteuer, wenigstens zum großen Teile, für Finanzzwecke freizumachen, so daß an anderer Stelle, bei den Realsteuern und bei der Einkommensteuer, dafür eine Entlastung möglich würde."

Auch im Berliner Tageblatt kann man gleichzeitig im Zusammenhang des Reichsfinanzministers lesen:

Es ist alles beisammen, daß Dietrich eine Senkung der Realsteuern dadurch zu erreichen hofft, daß ein erheblicher Teil der aus der Hauszinssteuer gewonnenen Mittel für diesen Zweck flüssig gemacht wird."

Ob man davon ab, ob die Senkung der Hauszinssteuer erfolgen soll, um die Einkommensteuer zu senken oder die Realsteuern, so bleibt folgendes übrig: Die Hauszinssteuer, die bisher je zur Hälfte für allgemeine Finanzzwecke und zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet wird, soll geändert werden. Und zwar sollen die Mittel für die Neubautätigkeit gekürzt werden. Das ist aber nur möglich durch eine Einschränkung der Bautätigkeit überhaupt. Denn das etwa durch Verpfändung der Kapitalien, die in den Hauszinssteuerhypotheken angelegt sind, vom Auslande jährlich 800 Millionen oder auch nur ein Teil dieser Summe zur Verfügung gestellt werden könnte, ist außerordentlich unwahrscheinlich.

So bleibt denn noch wie vor die Befürchtung bestehen, daß das neue Finanzprogramm der Regierung nicht nur für die unteren Volksschichten neue Lasten bringt, sondern daß ihnen auch die Möglichkeit zur Arbeit beschnitten wird. Jede Beschränkung der Mittel zur Neubautätigkeit aus der Hauszinssteuer ist Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Die Finanzpläne der Regierung aber sind noch von einem anderen Standpunkt aus höchst anfechtbar. Aus den rosig gefärbten Darlegungen des Finanzministers Dietrich hat die Oeffentlichkeit erfahren, daß die Regierung jetzt bereits mit einem riesigen Fehlbetrag in der Reichskasse rechnet. Man sollte meinen, daß die dringendste Sorge der Regierung die Deckung dieses Fehlbetrages sei. Aber weit gefehlt. Das Streben nach einer populären Wahlparole steht der Regierung unendlich höher als die Sorge um die Ordnung der öffentlichen Finanzen.

Unlauterer Wettbewerb

„Wegen des Namens „Deutsche Staatspartei" hat es einen Prozeß gegeben. Ob wir die Kommunisten auch auf Unterlassung verklagen, weil sie unser nationales Programm geklaut haben?"

Warum keine Revolution?

Von Robert Grötzsch

Dieser Wahlkampf fällt in eine Zeit, die belastet ist mit drei Millionen Arbeitslosen. Günstige Konjunktur für Revolutionsdemagogen. Genosse Kurpat hat gestern an dieser Stelle dargelegt, daß man Revolutionen nicht „machen" kann und daß sozialistischer „Reformismus" und Evolution, die in ruhigen Bahnen verlaufende historische Entwicklung, im politischen Leben mindestens so viel bedeuten und notwendigeres politisches Lebenselement sein können wie Revolutionen. Die Frage ist nur, ob wir gegenwärtig nicht, wie die Kommunisten und ein Teil der Nazidemagogen behaupten, eine revolutionäre Situation haben! Drei Millionen Arbeitslose stehen auf der Straße, die Regierung Brüning behilft sich mit Notverordnungen, und noch weiß niemand, wie der Etat für das nächste Jahr balanciert werden soll. Warum bemerkt man trotz diesen für die herrschenden Klassen so kritischen Zeichen und Umstände innerhalb der Arbeiterbewegung keine sichtbare revolutionäre Massenstimmung? Warum gelingt es den Kozis und den Achtgroschenjungen der Nazis nicht, die organisierten Bataillone der Arbeiterschaft auf die Straße zu bringen?

Weil dank der sozialistischen Erziehungsarbeit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung von heute ein beträchtliches historisches Denken und politisches Wissen steckt! Es sind verschiedene Punkte der Gesamtsituation, die den denkenden Arbeiter vor einer gewaltsamen Erhebung warnen, denn sie müßte in Deutschland den Charakter des Bürgerkrieges annehmen. Hüben steht mit nackter Brust und wenig Waffen die revolutionäre Arbeiterschaft, drüben die Machtmittel des Bürgertums: Regierungsgewalt, Polizei, Reichswehr, die hakenkreuzlerischen Horden des Kapitalismus. Es ist denkbar, daß die Arbeiterschaft in diesem Kampfe siegte, aber die rote Fahne könnte dann auf einem Trümmerhaufen gehißt werden, auf dem für absehbare Zeit eine Verbesserung der Lage der Massen, mehr Glück, Brot und Arbeit nicht erwachsen könnte. Da in einem Bürgerkrieg die Chancen von Sieg und Niederlage schwer abzuwägen sind, so wäre ebenso ein Sieg der Reaktion möglich, während die weitere Entwicklung, die Evolution, das Heer des Sozialismus verstärken muß.

Aber nehmen wir einmal an, die sozialistische Revolution siegte. Was sind ihre Ziele? Mit den Errungenschaften des 9. November ist es nicht mehr getan. Eine neue Revolution muß darüber hinausgehen, muß dem Kapitalismus an die Wurzel gehen. Das Ziel wäre die sozialistische Gesellschaft, die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft. Glaubt jemand, daß die übrigen kapitalistischen Staaten dabei ruhig zusehen würden? Wie wir unter Cuno erlebt haben, genügte eine Besetzung des Ruhrreviers vollständig, um ein sozialistisches Deutschland wirtschaftlich lahmzulegen. Das übrige könnten Blockade, Rohstoff- und Kreditsperre besorgen. Rußlands ewige Hungersnot und Materialnot sprechen eine beredte Sprache.

Die sozialistische Revolution müßte also schon eine Weltrevolution sein. Das haben die Kommunisten kapiert. Die kleinen mitteleuropäischen Unruhen zetteln sie nur an, um sich den Moskauer Diktatoren für den rollenden Rubel erkenntlich zu zeigen. Doch in den anderen Hauptländern, die „Hauptkriegsschauplätze" einer Weltrevolution sein würden, spürt man vorläufig wenig von revolutionärer Stimmung der Massen. In Mussolinien triumphiert die faschistische Diktatur. In Frankreich ist die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering. Die englischen Arbeitermassen kämpfen um den Anteil an der Staatsmacht mit jenen demokratischen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. Und in Amerika spürt man trotz der hohen Arbeitslosenziffer noch immer nichts von einem Anschwellen der sozialistischen Arbeiterorganisationen. Wir wissen nicht, wie diese Situation sich im Laufe der nächsten Zeit zu unsern Gunsten wandeln kann, darum gilt für den sozialistischen Politiker mehr denn je das Wort: Bereit sein ist alles. Aber soweit vorläufig abzuschätzen ist, dürfte noch eine Menge Wasser ins Meer laufen, ehe die internationalen Arbeitermassen an der Schwelle der internationalen Erhebung stehen.

Ha, hört man hier die Nazis schreien, wir haben's euch immer gesagt, daß euer Sozialismus unter dem Pantoffel des Ententekapitalismus steht, daß nur ein wehrhaftes Deutschland seine eigenen Angelegenheiten selbst bestimmen kann. Wir verlangen Wehrhaftmachung des ganzen Volkes, um unseren Willen gegen die ganze Welt durchsetzen zu können ... Hier beißt sich eine Schlange in den Schwanz, denn dieses Experiment — nämlich das „wehrhafte Deutschland", das sich gegen die ganze Welt durchsetzt — haben wir hinter uns. Es dauerte vier entsetzliche Jahre, und alle Völker tragen heute noch an der Not, die der Weltkrieg über Europa brachte. Deutschland trägt am schwersten. Wenn das kaiserliche Deutschland mit seiner ungeheuren Armee, mit einer Macht wie Oesterreich-Ungarn im Bunde, mit Heerhaufen, wie sie Bulgarien und die Türkei darstellten — wenn dieses von Waffen starrende Lager schließlich elend zusammenbrach, warum sollte sich heute ein entwaffnetes Deutschland durchsetzen? Die Revanche- und Kriegsnarren haben aus der Geschichte nichts gelernt und nichts vergessen. Und selbst wenn ein wider den Entente-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300827/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG